

WPS Selbsthilfegruppe Cochlear-Implant

Rückantwort Bündnis 90 / Die GRÜNEN

Barrierefreiheit in öffentlich zugänglichen Räumen

Bis 2029 wollen wir erreichen, dass alle öffentlichen Gebäude im Landes- und kommunalen Besitz und alle öffentlichen Verkehrsmittel barrierefrei sind – nicht nur für gehbehinderte, sondern auch für hör- und sehbehinderte Menschen. Dafür wollen wir eine Landesfachstelle Barrierefreiheit einrichten und finanziell ausstatten. Auch Kommunikation soll barrierefrei sein. Deshalb wollen wir ein Kompetenzzentrum und -netzwerk für digitale Barrierefreiheit aufbauen, das Bestandteil eines Landeskompetenzzentrums Barrierefreiheit sein soll. Diese Stellen sollen Ansprechpartner für Barrierefreiheit sein und sich auch um die angesprochene barrierefreie Ausstattung von Räumen für hörbehinderte Menschen und die Bereitstellung von Schriftdolmetschung kümmern.

Schule und Ausbildung

Wir brauchen ein inklusives Bildungssystem, das Vielfalt als Chance erkennt und eine Bildungspolitik, die eine inklusive Gesellschaft fördert. Bildungsangebote und -einrichtungen müssen barrierefrei zugänglich sein. Gute Bildungschancen in allen Bereichen dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder einer Behinderung abhängen.

Im Sinne einer gesunden Lernumgebung setzen wir uns daher für nachhaltige Schulbauten nach ökologischen Standards ein sowie für barrierefreie und an inklusivem Unterricht ausgerichtete Schulgebäude. Dort gibt es Arbeits- und Aufenthaltsräume, Bewegungs-, Rückzugs- und Begegnungsflächen, in denen sich Lehrer*innen und Schüler*innen gleichermaßen wohl fühlen. Schulgebäude müssen frei von schadstoffbelasteten Baustoffen sein, die die Gesundheit beeinträchtigen können. Neubauten sowie Sanierungen bestehender Schulbauten müssen nachhaltig und barrierefrei geplant und gebaut werden.

Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen einen Abschluss bekommen und so ausgebildet werden, dass sie am sozialen und kulturellen Leben in Rheinland-Pfalz teilhaben können. Grundsätzlich sollen alle Schulen inklusiv arbeiten. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass möglichst alle Kinder zunehmend gemeinsam in Regeleinrichtungen lernen.

Jeder Mensch hat individuelle Begabungen, aber auch Bedürfnisse. Deshalb bedeutet gute Bildung für uns GRÜNE, den Menschen mit seinen Stärken und Schwächen gleichermaßen zu fördern. Individuelle Förderung muss dabei die Leistungen von Kindern mit Benachteiligungen – wie beispielsweise eine Lese- und Rechtschreibschwäche – angemessen honorieren. Um allen betroffenen Kindern gerecht zu werden, braucht es einheitliche, transparente Regelungen zum Nachteilsausgleich. Sprach- und Förderprogramme wollen wir ausbauen und dafür sorgen, dass Förder- und Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden. Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden und lange gemeinsam lernen können, brauchen wir Ressourcen, die diesem Anspruch Rechnung tragen. Im Rahmen eines sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems wollen wir vor allem dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind. Inklusive Schulen brauchen mehr Personal, mehr Räume und mehr Beratung. Gerade sie sollen mehr und mehr die Möglichkeit haben, Lerngruppen zu verkleinern, Doppelbesetzungen zu realisieren und eigenverantwortlich multiprofessionelle Teams aus Lehrer*innen, Schulsozialarbeit*innen und Förderlehrkräften zu bilden.

Für uns gehören Menschen mit und ohne Behinderungen zum Alltag einer inklusiven Arbeitswelt. Alle Menschen sollen entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert und beschäftigt werden.

Ausgrenzung aufgrund von Merkmalen und Orientierung an Defiziten hemmt die Wirtschaft. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst wollen wir durch ein zusätzliches Budget für Arbeitsstellen im Landesdienst und eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit Maßnahmen und zentralem Controlling besser steuern und fördern, um damit eine Beschäftigungsquote von 6 % zu erreichen.

Wir streben an, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in die Fachkräftestrategie aufzunehmen. Wir unterstützen den Ansatz der Personenzentrierung. Denn dabei steht der Mensch mit seinen individuellen Stärken, Fähigkeiten und Möglichkeiten immer im Mittelpunkt und wird ganzheitlich beachtet.

Senioren und Pflege

Gute Pflege ist für uns GRÜNE ein aktives Recht, an dem sich unsere Politik orientiert: Die UN-Behindertenrechtskonvention und die Pflege-Charta haben wichtige Grundrechte für Pflegebedürftige verankert. Dazu zählen Selbstbestimmung, Schutz der Privatsphäre, körperliche Unversehrtheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die geschlechtliche Orientierung, die religiöse Überzeugung und biografische Besonderheiten, wie zum Beispiel eine Migrationsgeschichte, aber eben auch körperliche Einschränkungen wie eine Hörbehinderung, müssen berücksichtigt werden. Wir treten ein für geschlechtersensible Angebote und Einrichtungen, die der kulturellen Vielfalt der älter werdenden Bevölkerung und Gesellschaft entsprechen. Für mehr Menschlichkeit und eine hohe Qualität in der Pflege benötigen wir gut ausgebildetes Pflegepersonal in ausreichender Zahl und gute Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Pflegekräfte ausbauen.

Perspektivisch wollen wir ein Altenhilfestrukturegesetz zur Stärkung einer kommunalen Politik für und mit älteren Menschen: ein Rahmengesetz, das die Kommunen zu einer Altenplanung und -förderung verpflichtet.

Wir setzen auf eine verstärkte Aus- und Fortbildung von Pflegekräften. Die generalistische Pflegeausbildung wird in Zukunft Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpflege umfassen. Das Programm Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0 wollen wir deshalb weiterentwickeln. Wir treten ein für verbindliche Personalbemessungsinstrumente, die sich sowohl im Krankenhaus als auch in der Altenpflege am individuellen Pflegebedarf der Menschen orientieren. So können Pfleger*innen allen Patient*innen die Zeit widmen, die sie benötigen. Um die wertvolle Arbeit der Pflegekräfte endlich angemessen zu honorieren, setzen wir uns für einen höheren Mindestlohn und einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag ein.

Darüber hinaus wollen wir Modellprojekte zu digitalen Assistenzsystemen fördern, mit dem Ziel die selbstbestimmte Assistenz zu erweitern und hierbei Fragen der Ethik sowie des Datenschutzes zu klären.

Die Bedürfnisse von Senior*innen mit Höreinschränkungen müssen bei all diesen Angeboten angemessen berücksichtigt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Gesellschaftliche und politische Teilhabe

Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen mit einer Beeinträchtigung, wie zum Beispiel einer Hörschädigung, voll gesellschaftlich und politisch teilhaben können müssen. Dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wir wollen Inklusion vor Ort gestalten und das Bundesteilhabegesetz mit den Maßstäben der UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Dazu wollen wir Modellversuche ohne Beitragsanrechnungen der Eingliederungshilfe für die leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen durchführen. Die Rahmenverträge in der Eingliederungshilfe sollen zeitnah abgeschlossen werden oder entsprechende Verordnungen erlassen werden, um personenzentrierte Leistungen für die Menschen mit Behinderungen zu sichern. Mit den Regelungen soll die Finanzierung auf inklusive und am Sozialraum orientierte Leistungen ausgerichtet werden.

Die Übernahme der Kosten für Schrift- und Gebärdendolmetscher*innen streben wir für die wichtigsten Gesellschaftsbereiche an. Die Übernahme von Leistungen zum Ausgleich von behindertenspezifischen Versorgungslücken wollen wir unabhängig von Vermögen und Einkommen.

Die Barrierefreiheit des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks – insbesondere des SWR – wollen wir voranbringen: Unsere Ziele sind 100 Prozent Untertitel, mehr Audiodeskription und mehr Deutsche Gebärdensprache.

Wir haben sicher auch hörbeeinträchtigte Mitglieder in unserer Landespartei, inwiefern diese als Amtsträger*innen tätig sind, dokumentieren wir nicht.